

## KOMMENTAR



## Kein Mitleid

Die AfD zerlegt sich selbst. Das ist nur konsequent.

► MARCO ROSE

Der Richtungsstreit innerhalb der AfD bietet inzwischen genug Stoff für eine deftige und herrlich schmierige Polit-Satire, die sich ein Drehbuchautor nicht schöner ausmalen könnte – inklusive überraschender Wendungen, intriganter Charaktere und natürlich eines gefallenen Helden.

Dieser Protagonist, Bernd Lucke, verdient allerdings kein Mitleid. Sein Projekt war von Anfang an zum Scheitern verurteilt: Denn wer mit den rechten Schmuddelkindern spielt, muss sich nicht wundern, wenn er selbst schmutzig wird.

So trägt der Zwist zwischen Parteigründer Lucke und seinem Co-Parteisprecher Konrad Adam reichlich komödiantische Züge. Vielleicht hätte Herr Lucke seinem einstigen Spiritus Rector einfach einmal zuhören sollen; dann müsste er sich jetzt nicht so angewidert von Adam abwenden.

Zum Beispiel am 10. Juli 2013: Seinerzeit besuchte das ungleiche Duo gemeinsam zum ersten Mal die Parteibasis in Aachen. Den Eurogress hatte man gemietet, um ordentlich Stimmung zu machen. Adam, der ehemalige FAZ-Journalist, tat das schon damals auf seine ziemlich eigene Weise: Er sprach vom „verdummen Volk“, vom „Ekel vor der Politik“, von einer alles beherrschenden

„Euro-Propaganda-Maschine“ in Brüssel und Berlin. Zur EU-Erweiterung bemerkte er schließlich: „Wann werden Syrien, Pakistan, wann wird die Antarktis an die Reihe kommen?“ So einfach, so billig, so widerlich funktioniert Populismus.

Lucke präsentierte sich schon in diesen Gründungstagen als Adams Gegenentwurf, als das seriöse Gesicht der AfD. Gemeinsam mit dem liberalen Aushängeschild Hans-Olaf Henkel überdeckte der Berliner Wirtschaftspraxis eine ganze Weile den wahren, ausgesprochen unansehnlichen Kern seiner Bewegung, die ihren Erfolg maßgeblich der Anbiederung an den rechten Rand verdankt.

Lucke, das ehemalige CDU-Mitglied, hat dieses Abdriften nicht nur zugelassen, er muss diese Entwicklung auch kühl ein kalkuliert haben. Vor allem die Erfolge seiner rechtsnationalen ostdeutschen Parteifreunde kamen ihm bei der Europawahl schließlich auch persönlich höchst gelegen. Nun wird der Gründer die Geister, die er selbst rief, nicht mehr los.

Man muss kein Hellscher sein, um vorherzusagen, dass sich die AfD von dieser grotesken Schlammschlacht nicht mehr erholen wird. Und das ist auch so etwas wie ein Happy End.

► m.rose@zeitungsverlag-aachen.de

# Machtkampf in der AfD mit Wut, Hass und Spott

**Lucke will Aufstand der Anständigen. Kontrahentin Petry will ihn nicht mehr an der Parteispitze haben. Der Bundesparteitag muss am 13. Juni entscheiden.**

VON WERNER KOLHOFF

**Berlin.** Der Spott kam gleich. Im Netz wurde ein „Weckruf 2015“ überschriebener Text des AfD-Gründers Bernd Lucke (52) als „wake up call“ verhöhnt; einer bat, um sieben Uhr rausgeklungelt zu werden. Der Co-Vorsitzende Konrad Adam, ein intimer Lucke-Gegner, fühlte sich gar an die Zeugen Jehovas erinnert.

Doch Lucke ist es bitterer. Mit seinem Aufruf sucht er die Entscheidungsschlacht um den Kurs der Partei. Seine innerparteilichen Gegner sperrten ihm deswegen in der Zentrale den Mailzugang zu den Mitgliedern. Der Text wurde schließlich auf einer neuen Website veröffentlicht.

Kein Journalist hat je Böseres über die AfD enthüllt, als dort vom Chef selbst formuliert ist – unterstützt von Erstunterzeichnern wie Ex-BDI-Chef Hans-Olaf Henkel und dem baden-württembergischen Landeschef Bernd Kölmel: „Karrieristen, Intriganten und Vertreter der Neuen Rechten“ versuchten, sich die Partei zu eigen zu machen, die politischen Ränder aufzuweichen, sie systemkritisch und nationalistisch zu machen. Aus der Alternative für Deutschland solle „eine radikale, sektiererische Partei von Wutbürgern“ werden. Dagegen müsse sich die „Mehrheit der Vernünftigen, Anständigen und Toleranten“ wehren.

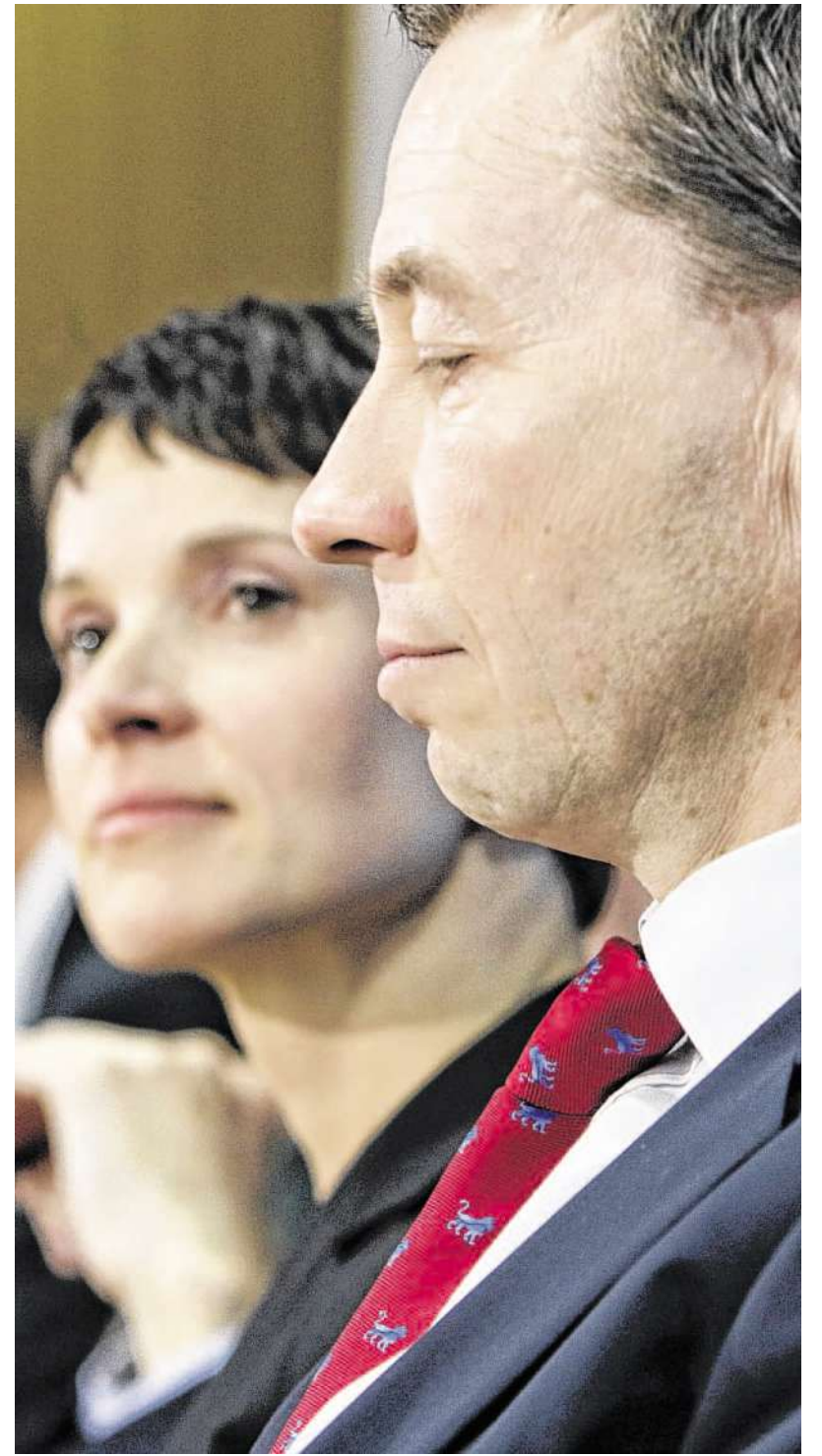
Was sichtbar sei, sei dabei nur „die Spitze des Eisbergs“ fügte Lucke in Straßburg noch mündlich unter Hinweis auf Facebook-Foren hinzu und sprach auch von anti-

amerikanischen Tendenzen. Henkel sagte in einem Interview, was er an innerparteilichen Anfeindungen erlebt habe, übertreffe alles, was der AfD von ihren äußeren Gegnern im Europawahlkampf entgegengeschlagen sei. Zur Erinnerung: Damals kam es zur massiven Zerstörung von Plakaten und zu körperlichen Angriffen.

Lucke rief die Parteimitglieder auf, den „Weckruf“ zu unterzeichnen und die Partei nicht aus Enttäuschung zu verlassen. Wie der Machtkampf weitergehen soll, blieb offen. Im Text heißt es, man wolle vor einer Entscheidung abwarten, welche Weichen auf dem Bundesparteitag am 13. Juni in Kassel gestellt würden. Beobachter mutmaßen, dass Lucke im Falle seines Scheiterns bei diesem Delegiertentreffen mit allen „Weckruf“-Unterzeichnern eine neue Partei gründen könnte.

In Kassel sollen erneut zwei Parteiprecher gewählt werden, von denen aber der sogenannte Erste Bundessprecher ab Herbst automatisch alleiniger Vorsitzender sein soll. Lucke, der diesen Chefposten anstrebt, hatte diese Satzungsänderung mit knapper Mehrheit beim Parteitag im Januar in Bremen gegen den Widerstand unter anderem seiner Co-Sprecherin Frauke Petry durchgesetzt. Die sächsische Landesschefin ist seine große Widersacherin. Bisher war die 39-Jährige in Kassel für den Posten des zweiten Sprechers gesetzt; allerdings ließ sie zuletzt offen, ob sie nicht doch ganz nach oben strebt oder die neue Satzung kippen will.

Gestern erklärte sie dann in



Geschieden: Bernd Lucke und Frauke Petry. Foto: stock/Reiner Zensen

Dresden, eine Mitwirkung von Lucke in der Parteispitze sei jetzt nicht mehr denkbar, der „Weckruf“ verstoße gegen die Parteiordnung. Allenfalls der Europa-Abgeordnete Joachim Starbatty, einer der Mitunterzeichner, könne als Vertreter des wirtschaftsliberalen

Flügels mit in die Spitze rücken. Petry will die Doppelspitze jetzt dauerhaft festschreiben.

Zudem befeuern inhaltliche Differenzen den Machtkampf. Petry hat wie Brandenburgs Landeschef Alexander Gauland und Konrad Adam Sympathien für die „Pegida“-Demonstranten erkennen lassen und will besonders in der Ausländerpolitik einen rechten Kurs fahren. Lucke sagte dazu, es gebe rund um das Thema Ausländer und Flüchtlinge zwar Probleme, „die können aber nicht mit Parolen gelöst werden“.

Gauland nannte Luckes Text ein „Kampfinstrument“ und drohte dem Parteigründer indirekt sogar mit Parteiausschluss. Auf Dauer könne man nicht dulden, dass Lucke die AfD schädige. „Ich bin sehr dafür, dass wir alles tun, die Einheit zu erhalten, aber es gibt natürlich irgendwann Grenzen“, sagte Gauland gestern.

## Eine neue Partei zu gründen, ist nicht schwer, sie am Leben zu halten, dagegen sehr

Neue Parteien scheitern fast immer an sich selbst; ganz besonders gilt das für jene im rechten Spektrum. Eine ähnliche Wählerschicht wie die AfD deckten in den 90er Jahren der Bund freier Bürger (BfB) und etwas später die Hamburger Schillpartei ab. Der BfB wurde 1994 explizit wegen des Euros gegründet. Als Wahlerfolge ausblieben, verloren viele Mitglieder wieder das Interesse und schlossen sich anderen Anti-Euro-Gruppierungen wie Pro-DM an. 2000 wurde die Partei wieder aufgelöst.

Die Hamburger Schillpartei konnte 2001 mit 19,4 Prozent einen gigantischen Wahlerfolg in der Hansestadt verzeichnen und sogar in die Landesregierung einziehen. Doch intern zerstritt man sich bald, 2003 wurde der Gründer Ronald Barnabas Schill sogar aus der Partei gedrängt.

Eher mit dem Petry-Flügel in der AfD zu vergleichen sind die Republikaner, eine nationalkonservative, aber nicht extremistische Partei. Sie wurde von ehemaligen CSU-Mitglie-

dern in Bayern gegründet und in ihrer Hochzeit von Franz Schönhuber angeführt. 1992 und 1996 erzielte sie jeweils rund zehn Prozent in Baden-Württemberg. Danach verfiel sie. Ein Grund dafür war neben inneren Querelen die Konkurrenz der Deutschen Volksunion. Der klar rechtsextremen DVU gelang in Brandenburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt in den 90er Jahren der Einzug in die Landesparlamente. Inkompetenz und Streit beendeten ihre Existenz. (wk/red)

## DAS POLITISCHE BUCH

## Was will die AfD?

Das Buch „Was ist, was will, wie wirkt die AfD?“ des Aachener Politikwissenschaftlers Alban Werner ist kaum einen Monat alt, da hat sich das wissenschaftliche Objekt bereits grundlegend verändert. Hans-Olaf Henkel ist von seinem Posten als stellvertretender Parteiprecher zurückgetreten, und AfD-Gründer Bernd Lucke versammelt seine Anhänger zu einem mutmaßlichen Massenaustritt. Ereignisse, die aufgrund der Aktualität in dem Buch nicht auftauchen können.

Dennoch lohnt sich die Lektüre. Werner interessieren weniger die tagesaktuellen Ränkespiele der Führungsspitze als vielmehr eine grundlegende Analyse des Parteienphänomens AfD. Deren Gründungsanlass war zwar die Eurokrise, das Wählerpotenzial für eine Partei des wertkonservativen-bürgerlichen Protestes existiert nach Werners Ansicht aber schon deutlich länger.

## Faktoren des Aufstiegs

Erhellend ist hier das Beispiel des Bundes freier Bürger (BfB), der zu Beginn der 90er Jahre mit ähnlicher wirtschaftsliberaler Programmatik wie die AfD antrat und den ebenfalls die Aura der „Professoren-Partei“ umgab. Anders als die AfD zwanzig Jahre später konnte der BfB keine Wahlerfolge verbuchen, auch weil die Frustration im bürgerlichen Lager über die Politik der etablierten konservativen Parteien noch nicht groß genug war.

Das änderte sich mit dem Auftreten der AfD. Für deren Aufstieg macht Werner drei Faktoren hauptverantwortlich. Als erstes die Frustration in konservativ-bürgerlichen Kreisen, die mit dem Antritt von Kanzlerin Merkel auf eine neoliberale Wende gehofft hatten, sich aber im Verlauf mit der Modernisierung der Union konfrontiert sahen. Zweitens das Auftreten des rechtskonservativen Wutbürgers, der die Möglichkeiten der sozialen Medien nutzt, um sich politisch zu organisieren. Vielleicht noch wichtiger ist aus der Sicht Werners eine Debattenkultur der etablierten Parteien, die Kritik an der Art der europäischen Integration häufig als Kritik an der europäischen Idee selbst versteht und

sie so marginalisiert. „Wenn europapolitische Fragen nun in der breiteren Öffentlichkeit eine größere Rolle spielen, war es maßgeblich der AfD zu verdanken. Sie erwies sich tatsächlich als Bereicherung, weil sie half, das Deutungsmonopol von Angela Merkels Krisenpolitik in der Öffentlichkeit aufzubrechen und so das Spektrum der demokratischen Debatte zu erweitern“, schreibt Werner, der als Mitglied der Linkspartei unverdächtig ist, AfD-Sympathisant zu sein. Es war demnach die Merkelsche Alternativlosigkeit, die der Alternative für Deutschland die Türen öffnete.

## Ziele und Feindbilder

Nicht nur an der Gründung, sondern auch am Erfolg der AfD haben laut Werner deren Gegner einen großen Anteil. Anstatt sich kritisch mit den Inhalten der Partei auseinanderzusetzen, würde die AfD häufig denunziatorisch angegriffen. Das schweißte die Partei zusammen.

Als zentralen Angriffspunkt für eine inhaltliche Auseinandersetzung zeigt Werner die Heterogenität der AfD auf, bei der er zwei Grundströmungen herausarbeitet. Eine wirtschaftsliberale, zu der etwa Henkel und Lucke gehören, sowie eine nationalkonservative, die vom brandenburgischen Landeschef Alexander Gauland repräsentiert wird. Die politischen Zielvorstellungen und Feindbilder dieser Grundströmungen passen laut Werner nicht zusammen – etwa in der Haltung zum Handelsabkommen TTIP, der EU-Erweiterung oder beim Mindestlohn und der Arbeitsmarktregulierung.

Damit wäre Werner auch wieder bei den aktuellen Ränkespielen angekommen. Die sind nichts weiter als ein Ausdruck des Kampfes darum, welche Strömung die Oberhand behalten wird. Werner sieht hier deutliche Vorteile für die Nationalkonservativen, „weil ihr Programm, ihre Prioritäten und die bereits eingeschlagene sozial-populistische Form der Ansprache dazu besser geeignet sind“. (ai)

**Alban Werner: Was ist, was will, wie wirkt die AfD? Neuer ISP, 207 Seiten, 17,80 Euro.**



## Fürs Klima zückt Merkel das Scheckbuch

Geste geht ein wenig unter; schuld ist ein Dolmetscher. Hollande warnt: Die Schwächsten müssen leiden.

VON TIM BRAUNE

**Berlin.** Nicht nur der Klimaschutz ist spät dran, sondern auch der Gast aus Paris. Angela Merkel steht schon eine ganze Weile im mildroten Blazer vor der Tür einer Bank am Brandenburger Tor und macht die Raute. François Hollande, der französische Präsident, verspätet sich.

Diese sechs Minuten sind für ein paar hundert Umweltschützer ein Fest. Sie können ihr Glück kaum fassen, dass die Kanzlerin nicht gleich im Gebäude verschwindet. Die Demonstranten legen los, dichten die Melodie der Fußball-Hymne „Zieht den Bayern die Lederhosen aus“ einfach um: „Wo ist unsere Klimakanzlerin?“ Merkel guckt ein paar Mal sparsam rüber zu den Leuten.

Als 1995 die Mutter aller Klimaschutzabkommen – das Kyoto-Protokoll – verabschiedet wurde, war sie Umweltministerin. Den Petersberger Klimadialog gründete sie 2010 selbst, jetzt findet die sechste Auflage statt, über 30 Länder haben Minister nach Berlin geschickt, um den Weltklimagipfel im Dezember in Paris vorzubereiten. Merkel fühlt sich sichtlich wohl in der Runde. Bekannt dafür, tief durch alle Details zu wühlen, kokettiert sie vor den Gästen, beim Klimaschutz sei das gar nicht mehr so und ihr auch ganz lieb. Zum Bei-

spiel am Punkt, wer denn prüft, ob die Staaten die für Paris angekündigten Klimaschutzziele überhaupt einhalten: „Das überlasse ich mal den Umweltministern, das schöne Kapitel.“

Bis ins ferne Ausland ist aber die Kunde gedrungen, dass die einst global als „Klimakanzlerin“ gefeierte Merkel zu Hause arge Probleme hat, die eigenen CO<sub>2</sub>-Einsparziele bis 2020 zu schaffen. Das wäre für sie eine ordentliche Blamage. Schließlich will sie Anfang Juni auf Schloss Elmau im G7-Club der führenden westlichen Industrienationen zeigen, dass Klimaschutz, Energiewende, Wachstum und Wohlstand sehr wohl unter einen Hut zu bringen sind.

Um das Ziel 40 Prozent weniger Kohlendioxid-Ausstoß als 1990

noch zu packen, hat sich Merkels Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel eine Strafabgabe für alte Kohleleimer ausgedacht. Die Kohlelobby, Union und Gewerkschaften laufen dagegen Sturm.

Umweltschützer wollen, dass Merkel hier Kante zeigt und den Weg für einen schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohle freimacht. Zumal Gabriel inzwischen die Abgabe wieder aufweichen will. Merkel hält sich bedeckt: „Ich glaube, dass das Instrument der Abgabe eine Möglichkeit ist. Das wird zurzeit diskutiert.“

Ganz mit leeren Händen erscheint die Kanzlerin am Dienstag aber nicht. Sie zückt für den Klimaschutz das Scheckbuch. Entwicklungsländer, die unter den dramatischen Folgen des Klimawandels

am meisten leiden, sollen künftig doppelt so viel Hilfe wie bislang aus Deutschland bekommen: vier Milliarden Euro pro Jahr.

Dumm nur, dass Merkels kleiner Klima-Coup dann bei der Konferenz etwas untergeht. Der Dolmetscher übersetzt nämlich den anwesenden Ministern, Deutschland wolle seine „climate action“ verdoppeln; das Wort „finance“ fällt nicht, berichten Teilnehmer.

Während die Deutschen also Vorbild für andere G7-Staaten sein wollen, um die bis 2020 noch klaffende 70-Milliarden-Dollar-Lücke beim Klimafonds zu schließen, weist Hollande seit Wochen um die Welt, um den UN-Gipfel in Paris zu retten.

Hollande flog dahin, wo es beim Klimaschutz wehtut – ins kleine Pazifik-Inselreich Vanuatu, wo der Wirbelsturm „Pam“ eine Spur der Verwüstung hinterließ. Auf die Philippinen, wo ein Zyklon vielen Menschen das Leben kostete. Die Weltgemeinschaft dürfe die Schreie der Schwächsten beim Klimawandel nicht länger überhören, mahnt Hollande: „Diese Länder sind die echten Whistle Blower unseres Planeten.“ Die Aussichten für Paris aber sind nicht gerade rosig. Keine 40 von 195 Staaten haben bisher eigene Ziele eingereicht. So dürfte es ziemlich schwer werden, die Erderwärmung langfristig auf zwei Grad zu begrenzen.



Wohl kaum in einem klimafreundlichen Modell: Merkel und Hollande verlassen am Dienstag den Klima-Dialog am Pariser Platz. Foto: dpa